

27. Mai 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)  
[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

## Nach dem Besuch der Bundeskanzlerin in Istanbul: Es bleiben viele Fragen offen

**Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind auch nach dem fünften Besuch der Bundeskanzlerin in ebenso vielen Monaten in der Türkei nicht einfacher geworden. In Punkto Flüchtlingsabkommen sind sich beide Seiten nicht viel näher gekommen. Aber in einem Punkt gibt es wenigstens Einigkeit, dass man im Gespräch bleiben sollte - nach dem Rückzug von Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu und dem Fehlen von EU-Minister Volkan Bozkır im neuen Kabinett allerdings mit zwei völlig neuen Verhandlungspartnern auf türkischer Seite. Bis zum Stichtag Ende Juni bleibt noch Zeit, um ein Scheitern des Flüchtlingsabkommens zu umgehen.**

Bundeskanzlerin Merkel traf am Rande des humanitären Weltgipfels der Vereinten Nationen (UN) in Istanbul auch Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan. Bei dem von einigen Medien auch als *Mini-Gipfel* bezeichneten Gespräch ging es vor allem auch um den Stand und die Perspektiven des Flüchtlingsabkommens. Man habe sich darauf geeinigt, dass bis zum 30. Juni bezüglich der Visaliberalisierung weitere Schritte unternommen werden und dass die Empfindsamkeiten der Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus für eine detaillierte Bewertung durch die EU-Institutionen berücksichtigt werden sollten. Für die Rücknahme von Flüchtlingen fordert Präsident Erdoğan nach wie vor die zeitnahe Einführung der Visafreiheit für türkische Bürger bei EU-Reisen. Doch zu den seit 2013 vereinbarten 72 Kriterien gehört als Voraussetzung hierfür auch die Änderung des türkischen Antiterrorgesetzes, die Erdogan aber strikt ablehnt.

Die Kanzlerin habe ihre Haltung zur Änderung der türkischen Anti-Terror-Gesetze nochmals bekräftigt. Wenn keine entsprechenden Änderungen erfolgten, seien nicht alle Bedingungen für die Visafreiheit erfüllt und die bis bisher Juni geplante Einführung sehe sie daher eher skeptisch. Es seien Fragen offen geblieben, daher müssten die wei-

teren Entwicklungen noch sehr genau beobachtet werden und weiterhin müsse miteinander gesprochen werden.

Aber auch aus türkischer Perspektive sind Fragen offen geblieben und die türkischen Medien berichten ausgiebig darüber. Insbesondere bleibt die Reform der Antiterrorgesetze kontroverser Knackpunkt:

„In einer Situation, in der die Türkei von allen Seiten Angriffen von Terrororganisationen und Ihren Unterstützern ausgesetzt ist, verlangt die EU im Zusammenhang der Visakriterien die Veränderung des Terrorbekämpfungsgesetzes“ erklärte Erdoğan nach dem Treffen. Sollten die diesbezüglichen Verhandlungen kein Ergebnis erzielen, dann „solle uns niemand böse sein, aber dann wird es kein Rückübernahmeabkommen geben“. Erdoğan habe unterstrichen, dass er dies Kanzlerin Merkel gesagt habe und hinzugefügt, dass man der Türkei nicht immer neue Bedingungen stellen könne.

Laut diversen Medienberichten sind seit Juli letzten Jahres 483 türkische Sicherheitskräfte und Polizisten bei Anschlägen der PKK ums Leben gekommen und 2.859 verletzt worden. Fast jeden Tag sterben

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP

27. Mai 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

Menschen der Zivilbevölkerung. Das Land wird zum einen von der PKK und zum anderen von der IS regelmäßig bombardiert. Gerade vor diesem Hintergrund stößt die von der EU geforderte eingeschränkte Definition des Terrorbegriffs im Gesetz nicht auf Verständnis.

Der neue Ministerpräsident Binali Yıldırım bezeichnete schon vor dem AKP-Sonderparteitag den Kampf gegen den Terror (insbesondere gegen die PKK, IS, PYD und die Gülen Bewegung) als eine Top-Priorität.

Der neue Europaminister Ömer Çelik warf der EU vor, sie lege bei der Bekämpfung des Terrorismus "doppelte Standards" an. Erdogan hat vor kurzem in einem Interview betont, dass der EU-Deal keine Relevanz habe, wenn angefangen wird, ihm zu erklären, wie er den Terror in seinem Land bekämpfen solle. Noch deutlichere Worte fand der Präsidentenberater Yiğit Bulut: mit der Forderung nach einer Änderung der Anti-Terrorgesetze folge die EU den Wünschen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. "Die EU unterstütze ganz eindeutig diese Terrororganisation."

Einen Dissens zwischen Merkel und Erdoğan gab es nach den Worten der Kanzlerin auch in der Frage der innenpolitischen Entwicklung der Türkei. Die Aufhebung der Immunität vieler Abgeordneter im türkischen Parlament erfülle sie mit großer Besorgnis - so die Kanzlerin - die sich in Istanbul auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft getroffen hatte. Dies habe sie gegenüber Erdogan auch deutlich gemacht. Auch hier "bleiben Fragen in dieser Richtung offen, wir werden die weitere Entwicklung sehr genau beobachten müssen."

Diesbezüglich titelt die Zeitung *Karar* "Das Timing war verkehrt, Frau Kanzlerin" als Schlagzeile. Die Kanzlerin habe unterstrichen, dass die Türkei ein starkes Parlament benötige. Und das just in einem Moment, in dem über das Modell eines parteizugehörigen Staatspräsidenten diskutiert werde.

Daher kämen die Bedenken der Kanzlerin zu einem falschen Zeitpunkt.

Laut Medienberichten habe der Staatspräsident bekräftigt, er bevorzuge den Aufbau einer "neuen Türkei" zusammen mit der EU. Er warte jetzt auf eine Zusage zur Visaliberalisierung. Seine Regierung werde weiter mit der EU verhandeln. "Wenn es ein Ergebnis gibt, sei es umso besser. Wenn es kein Ergebnis gibt, dann tut es uns leid", so Erdogan. Gelingen es nicht, die Beziehungen auf diese Weise zu verbessern, werde die Türkei "ihren eigenen Weg" gehen.

Die Bundeskanzlerin aber widersprach dem Anschein eines drohenden Scheiterns des EU-Türkei-Flüchtling Abkommens. "Ich habe den Eindruck, dass dieses Abkommen in beiderseitigem Interesse ist", sagte sie. Dass es noch Probleme mit der Umsetzung des Abkommens gebe, sei normal.

Der Ball befindet nach Auffassung der jeweils anderen Seite offensichtlich im gegenüberliegenden Feld. Der Gesprächsbedarf ist also unverändert hoch, ab jetzt aber mit veränderten politischen Gesprächspartnern und Unterhändlern auf türkischer Seite.